

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

**zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Eld, Frau Borgmann, Volmer und
der Fraktion DIE GRÜNEN**
— Drucksachen 10/3568, 10/5312 —

Namibia-Politik der Bundesregierung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das Dekret Nr. 1 des UNO-Rats für Namibia mit sofortiger Wirkung als völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen.

Bonn, den 5. November 1986

Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

1967 hat die UNO-Vollversammlung den Rat für Namibia geschaffen und ihm den Auftrag erteilt, das Territorium Namibia bis zu seiner Unabhängigkeit zu verwalten. 1974 hat der UNO-Rat für Namibia das Dekret Nr. 1 erlassen, das die Ausplünderung Namibias vor seiner Unabhängigkeit verhindern soll. Die Bundesrepublik Deutschland importiert im größeren Umfang Rohstoffe, vor allem Uran, aus Namibia und verstößt damit laufend gegen das Dekret Nr. 1.

